

## **Antrag**

**der Abgeordneten Olaf in der Beek, Sandra Weeser, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Gyde Jensen, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Weltbank-Kreditlinie für China einstellen und verschuldete Entwicklungsländer entlasten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Weltweit gilt nach Angaben des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank die Hälfte aller Entwicklungsländer als hoch verschuldet ([www.die-gdi.de/uploads/media/Deutsches\\_Institut\\_fuer\\_Entwicklungspolitik\\_Berensmann\\_11.02.2019.pdf](http://www.die-gdi.de/uploads/media/Deutsches_Institut_fuer_Entwicklungspolitik_Berensmann_11.02.2019.pdf)).

Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds hat nach einer Phase der Stabilisierung und Schuldenerlassen im Rahmen der Heavily Indebted Poor Countries Initiative (HIPC-Initiative) zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Auslands- und Staatsverschuldung von Entwicklungsländern im Durchschnitt erneut um 20 Prozent zugenommen ([www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2019/02/23/Debt-Build-up-in-Frontier-Low-Income-Developing-Countries-LIDCs-since-2012-Global-or-Country-46551](http://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2019/02/23/Debt-Build-up-in-Frontier-Low-Income-Developing-Countries-LIDCs-since-2012-Global-or-Country-46551)).

Die renommierte Brookings-Institution gibt an, dass Entwicklungsländer bei internationalen, staatlichen und privaten Gläubigern mit mehr als 11 Billionen Euro verschuldet sind ([www.brookings.edu/blog/future-development/2020/04/13/what-to-do-about-the-coming-debt-crisis-in-developing-countries/](http://www.brookings.edu/blog/future-development/2020/04/13/what-to-do-about-the-coming-debt-crisis-in-developing-countries/)).

Viele Entwicklungsländer sind damit mit Schulden konfrontiert, die sie kaum oder gar nicht zurückzahlen können. Gleichzeitig binden die Rückzahlungsverpflichtungen staatliche Mittel dieser Länder, die wiederum nicht für den Aufbau von Infrastruktur,

Daseinsvorsorge, Lebensmittelversorgung, Gesundheitssysteme, Bildung etc. zur Verfügung stehen. Insbesondere im Zuge der Corona-Pandemie wurde dieser Problemlage durch die G20-Staaten sowie den Internationalen Währungsfonds und die Weltbankgruppe bisher dadurch Rechnung getragen, dass den 76 ärmsten Ländern der Welt eine Schuldenstundung vorläufig bis zum Jahresende gewährt wurde ([www.ft.com/content/5f296d54-d29e-4e87-ae7d-95ca6c0598d5](http://www.ft.com/content/5f296d54-d29e-4e87-ae7d-95ca6c0598d5)). Diese Schuldenstundung ist nach Ansicht des Deutschen Bundestages ein erster wichtiger Schritt, um mittelfristig eine Umschuldungsinitiative für hoch verschuldete Entwicklungsländer zu erarbeiten und um diesen im Rahmen der Corona-Pandemie kurzfristig Kapital zur Verfügung stellen zu können. Gleichzeitig erwartet der Deutsche Bundestag, dass die Bundesregierung sicherstellt, dass im Rahmen dieser internationalen Initiative für alle teilnehmenden Partner dieselben Regeln gelten.

Insbesondere die Kreditvergabe- und Schuldenumwandlungspraxis der Volksrepublik China, chinesischer staatlicher Unternehmen und der von China gelenkten Asian Infrastructure Investment Bank stößt in diesem Zusammenhang immer wieder auf Kritik. Im Nachgang zu der von den G20-Staaten beschlossenen Schuldenstundung wurde durch Medienberichte bekannt, dass China im Gegenzug für Schuldenstundungen Zugriff auf Rohstoffe und Infrastruktur in Schuldnerstaaten verlangt ([www.wsj.com/articles/as-africa-groans-under-debt-it-casts-wary-eye-at-china-11587115804](http://www.wsj.com/articles/as-africa-groans-under-debt-it-casts-wary-eye-at-china-11587115804)). So wird berichtet, dass China von der Regierung Sambias im Gegenzug zu Schuldenstundungen als Sicherheit Zugang zu Kupferminen verlangt. Derartige Nebenabreden zu der von den G20-Staaten, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe beschlossenen Schuldenstundung widersprechen nach Ansicht des Deutschen Bundestages dem Geist der Vereinbarung und der Bemühung Entwicklungsländer zu entlasten.

Diese Praxis steht in engem Zusammenhang mit der seit geraumer Zeit zu beobachtenden Kreditvergabepraxis Chinas. Schon heute gilt China als der weltweit größte Kreditgeber für Entwicklungsländer. Trotz Mitgliedschaft und Einbindung in die internationale Finanzarchitektur, insbesondere den Internationalen Währungsfonds und die Weltbankgruppe, bleibt jedoch die genaue Höhe der Kreditvergabe Chinas weiterhin weitgehend im Dunkeln. Weder die Vergabe von Krediten durch die chinesische Regierung und staatseigene chinesische Unternehmen noch der Kauf von Staatsanleihen oder Unternehmensbeteiligungen wird transparent von der chinesischen Führung dargelegt. Damit agiert die Volksrepublik China im Rahmen ihrer Entwicklungsfinanzierung vor der Weltgemeinschaft im Verborgenen und an gemeinsamen internationalen Spielregeln vorbei. Studien belegen, dass ein Großteil der chinesischen Entwicklungsfinanzierung aktiv nicht gemeldet wird und diese versteckte Entwicklungsfinanzierung schon im Jahr 2016 das Volumen von 200 Milliarden US-Dollar überschritten hat ([www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/Christoph\\_Trebesch/KWP\\_2132\\_01.pdf](http://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/Christoph_Trebesch/KWP_2132_01.pdf)). Insgesamt ist die Summe der von China vergebenen Kredite und Handelskredite auf 1,6 Billionen US-Dollar angestiegen. Damit summiert sich das von China vergebene Kreditvolumen auf 40 Prozent der Gesamtkreditvergabe an Entwicklungs- und Schwellenländer. Mehr als 40 Prozent der Gesamtschulden der 50 am höchsten verschuldeten Länder der Welt werden von China gehalten. Dies macht verschuldete Entwicklungsländer besonders abhängig vom Wohlbefinden Chinas.

Neben der intransparenten Kreditvergabepraxis droht bei China verschuldeten Entwicklungsländern aber insbesondere auch durch die Ausgestaltung der Kreditvereinbarungen langfristiger Schaden zu entstehen. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen verleiht China, wenn auch ohne Bedingungen wie Einhaltung von Menschenrechten, Geld an Entwicklungsländer im Vergleich zu anderen internationalen und staatlichen Gebern mit relativ hohen Zinsen und kurzer Laufzeit. Zur Absicherung der Zahlung besteht China zudem auf eine vertragliche Hinterlegung von Sicherheiten, beispielsweise Zugang zu Rohstoffen, Schürfrechte und Infrastruktur, um im Falle eines

Zahlungsausfalls abgesichert zu sein ([www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/Christoph\\_Trebesch/KWP\\_2132\\_01.pdf](http://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/Christoph_Trebesch/KWP_2132_01.pdf)). Neben hohen Zins- und Tilgungszahlungen sind die entsprechenden Schuldnerstaaten damit durch Verlust wichtiger Rohstoffe und Infrastruktur bedroht. Um dies zu verhindern bedienen die Schuldnerstaaten vorrangig ihre Kredite beim chinesischen Staat sowie chinesischen staatseigenen Unternehmen, anstatt Kredite anderer internationaler und staatlicher Geber.

Im Grundsatz widerspricht das Handeln der Volksrepublik China damit sowohl internationalen Transparenzvorgaben in Bezug auf Entwicklungsfinanzierung als auch grundsätzlichen Regeln der internationalen Kooperation. Als größter Geber von Entwicklungskrediten erhält China selbst noch immer von den internationalen Finanzinstitutionen zinsvergünstigte Entwicklungskredite und treibt gleichzeitig durch seine eigene Kreditvergabepraxis sowie im Rahmen ihrer groß angelegten „Belt and Road Initiative“ Entwicklungsländer in die Überschuldung.

Gerade angesichts dieser Verstöße gegen die Regeln der Zusammenarbeit innerhalb internationaler Organisationen und der internationalen Staatengemeinschaft im Allgemeinen, muss auch das im Dezember 2019 von der Weltbank an China eingeräumte Kreditpaket mit einem jährlichen Volumen zwischen 1 bis 1,5 Milliarden US-Dollar eingestellt werden ([www.dw.com/en/world-bank-says-lending-to-china-to-drop/a-51570709](http://www.dw.com/en/world-bank-says-lending-to-china-to-drop/a-51570709)). Anstatt China weiterhin Kredite der Weltbankgruppe zur Verfügung zu stellen, muss die China bis 2025 gewährte Kreditlinie der Weltbankgruppe eingestellt werden. Die freiwerdenden Mittel sollten nach Ansicht des Deutschen Bundestages dann insbesondere Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden, denen durch hohe Zinsen chinesischer Kredite die Überschuldung droht oder die im Gegenzug für Schuldenstundungen bei Krediten Chinas der Volksrepublik China Zugang zu Rohstoffen oder Infrastruktur gewähren müssten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung dazu auf,

1. sich innerhalb der Weltbankgruppe gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnern dafür einzusetzen, dass die von der Weltbankgruppe bis 2025 gewährte Kreditlinie für die Volksrepublik China schnellstmöglich eingestellt wird;
2. sich innerhalb der Weltbankgruppe gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnern dafür einzusetzen, dass die durch die Einstellung der von der Weltbankgruppe bis 2025 gewährten Kreditlinie an die Volksrepublik China freiwerdenden Mittel Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden, denen durch hohe Zinsen chinesischer Kredite die Überschuldung droht oder die im Gegenzug für Schuldenstundungen bei Krediten Chinas der Volksrepublik China Zugang zu Rohstoffen oder Infrastruktur gewähren müssten;
3. sich innerhalb der Gremien der Weltbankgruppe und des Internationalen Währungsfonds dafür einzusetzen, dass die internationalen Finanzorganisationen die Volksrepublik China zu Transparenz bei der Vergabe von Entwicklungskrediten und der Entwicklungsfinanzierung im Allgemeinen verpflichten;
4. innerhalb der Gremien der Weltbankgruppe und des Internationalen Währungsfonds einen Prozess zur Erarbeitung von Sanktionen, wie beispielsweise temporärer Stimmrechtsentzug, bei Verstößen gegen Transparenzvorgaben anzustoßen;
5. im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland verstärkt Maßnahmen und Programme im Bereich Good Financial Governance gemeinsam mit den Partnerländern durchzuführen;

6. im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland Partnerländer, die Kredite bei der Volksrepublik China und/oder chinesischen staatseigenen Betrieben aufgenommen haben, bei Nach- und Neuverhandlungen dieser Kredite aktiv zu beraten und zu unterstützen.

Berlin, den 15. September 2020

**Christian Lindner und Fraktion**